

INHALT

Vorbemerkung des Autors	9
Prolog: Das Gesetz der Liebe	15
1 Die pinken Linien der Welt	33
2 Aunty	
Chimbalanga – Blantyre – Kapstadt	65
3 Neue globale Culture Wars?	101
4 Michael	
Mbarara – Kampala – Nairobi – Vancouver	121
5 Die pinke Linie durch Zeit und Raum	159
6 Amira und Maha	
Kairo – Istanbul – Amsterdam	181
7 Pinke Sündenböcke	219
8 Pascha	
Ljubrzy – Moskau	235

9	Das Schreckgespenst der Gendertheorie	281
10	Zaira und Martha	
	Guadalajara	297
11	Pinke Dollars, Global Gay	331
12	Fadi und Nadav	
	I'billin – Tel Aviv – Jaffa (und Ramallah)	349
13	Transgender-Culture-Wars	397
14	Riot Youth	
	Ann Arbor und Umgebung	429
15	Die neue pinke Linie: Geschlechtsidentität	495
16	Die <i>kothis</i>	
	Devanampattinam – Cuddalore – Pondicherry	519
	Epilog: Es wird besser	569
	Anmerkungen	593
	Dank	639
	Ausgewählte Bibliografie	645

1

DIE PINKEN LINIEN DER WELT

»Mr. President, [...] haben Sie Präsident Sall gebeten, dafür zu sorgen, dass die Homosexualität im Senegal entkriminalisiert wird? Und Präsident Sall, [...] Sie sagten gerade, dass Sie Demokratie und Freiheit schätzen. Werden Sie als neuer Präsident Ihres Landes daran arbeiten, dass Homosexualität in diesem Land entkriminalisiert wird?«¹

Diese Fragen wurden Barack Obama und seinem Gastgeber, dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall, auf der Pressekonferenz nach ihrem Treffen vom 27. Juni 2013 in Dakar gestellt. Dass über dieses Thema gesprochen werden würde, war klar: Am Tag zuvor waren Obama und sein Stab in Jubel ausgebrochen, als sie während ihres Flugs über den Atlantik die Nachricht erreichte, dass der Supreme Court den Defense of Marriage Act (DOMA) für teilweise verfassungswidrig erklärt und damit den Weg für gleichgeschlechtliche Ehen in den gesamten Vereinigten Staaten freigemacht hatte.

Geklagt hatte die über achtzigjährige Witwe Edith Windsor. Ihre Lebenspartnerin Thea Spyer, mit der sie 44 Jahre lang zusammengelebt hatte, war im Jahr 2009 gestorben. Der DOMA verbot die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen durch die US-amerikanische Bundesregierung. Windsor hatte geklagt, weil sie nach Thea Spyers Tod nicht die Steuervergünstigungen erhalten hatte, die Ehefrauen normalerweise zustehen. Der Fall löste ein enormes Medienecho aus. In der Begründung des Urteils schrieb Anthony Kennedy, der DOMA habe gleichgeschlechtliche Paare stigmatisiert,

indem er einen »eigenen Rechtsstatus« für Homosexuelle gesetzlich verankert habe.

Im Jahr 1996, als der damalige Präsident Bill Clinton (unter Druck, wie er später sagte) den DOMA unterzeichnete, waren 68 Prozent der US-Amerikaner:innen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und nur 27 Prozent dafür. Im Jahr 2018, 22 Jahre später, hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt,² und Obama bezeichnete die Entwicklung zur »Ehe für alle« später »als die schnellste Veränderung durch eine soziale Bewegung, die ich je erlebt habe«.³ Er selbst hatte seine Meinung im Mai 2012 öffentlich geändert – nicht zufällig ein Jahr nachdem eine Gallup-Umfrage ergeben hatte, dass erstmals mehr US-Amerikaner:innen für die gleichgeschlechtliche Ehe waren als gegen sie. Nun, ein Jahr später, während des Flugs in den Senegal, gab der Präsident in der Air Force One eine Erklärung ab: »Die Gesetze unseres Landes holen auf und nähern sich der fundamentalen Wahrheit, die Millionen Amerikaner:innen im Herzen tragen: Wenn alle Amerikaner:innen gleich behandelt werden, egal, wer sie sind oder wen sie lieben, haben wir alle mehr Freiheit gewonnen.«⁴

Diese Freiheit herrschte im Senegal nicht. Homosexuelle Handlungen galten nach dem Strafgesetzbuch als »sittenwidrig oder widernatürlich«. Das entsprechende Gesetz war viele Jahre lang in Vergessenheit geraten, wurde nun aber wieder angewandt. Viele Dinge waren zusammenkommen: Die zentripetalen Kräfte der Globalisierung, die die Welt kleiner werden ließen, hatten aggressive Auslegungen des Islam aus der arabischen Welt in das muslimische Land in Westafrika gebracht, genau zu der Zeit, als die Aids-Epidemie dort wütete. Die Lage verschärfte sich in den folgenden Jahren, als Onlinemedien und Satellitenfernsehen dank ihrer immer größeren Reichweite Berichte über LGBT-Rechte und die gleichgeschlechtliche Ehe im Westen im ganzen Senegal verbreiteten.

Im Dezember 2008 war Senegals Regierung Gastgeber einer panafrikanischen Aids-Konferenz. Nun sprach man von »Männern,

die Sex mit Männern haben« (MSM). Das Thema spielte auf der Konferenz eine wichtige Rolle. Viele der Teilnehmer:innen waren Mitglieder bei AIDES Sénégal, der MSM-Organisation des Landes. Unter senegalesischen Geistlichen und islamistischen Politiker:innen, die ohnehin schon durch sensationalistische Berichte über eine »Schwulenhochzeit« aufgepeitscht waren, löste die Veranstaltung einen Sturm der Entrüstung aus. Ein unheimliches Vorspiel zu dem Schicksal, das Tiwonge Chimbalanga ein Jahr darauf in Malawi ereilen sollte. Die Behörden reagierten, indem sie einen Workshop von AIDES Sénégal stürmten und die Anwesenden festnahmen. Neun Männer wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich ihre Arbeit zur Bekämpfung des HI-Virus als Tarnung genutzt hatten, »um Homosexuelle zu rekrutieren oder Treffen für sie zu organisieren«.⁵ Nach fünf brutalen Monaten im Gefängnis wurden sie freigelassen, weil nicht bewiesen werden konnte, dass tatsächlich Geschlechtsverkehr stattgefunden hatte. Doch ihre Leben waren ruiniert. Die meisten von ihnen flohen aus dem Land.

Die Lage hatte sich kaum verändert, als Barack Obama vier Jahre später noch ganz beschwingt von der Euphorie des liberalen Amerika über das Windsor-Urteil im Senegal eintraf. Ich hatte Dakar ein paar Monate zuvor besucht und mich mit wichtigen Aktivist:innen der LGBT-Bewegung getroffen, die voller Furcht im Untergrund lebten. Ein prominenter männlicher Journalist saß im Gefängnis ebenso wie viele Frauen: Wie fast die Hälfte aller weltweit gegen Homosexualität verabschiedeten Gesetze kriminalisierte auch das senegalesische lesbische Sex.

Die Obama-Regierung hatte den globalen Schutz von LGBT-Rechten im Dezember 2011 zu einer Priorität ihrer Außenpolitik erklärt, als die damalige Außenministerin Hillary Clinton auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Genf ihr berühmtes Statement abgab: »Gay rights are human rights, and human rights are gay rights.«⁶ Obama wies US-Institutionen und -Behörden, die international tätig waren, an, »die Kriminalisierung von LGBT-Per-

sonen sowie ihres Verhaltens zu bekämpfen« und »auf Übergriffe gegen LGBT-Personen schnell zu reagieren«. Von da an wurde er vom Außenministerium regelmäßig über die Angelegenheit unterrichtet, und er war sicherlich auch darüber informiert, wie das Ministerium 2012 die Lage im Senegal beurteilte: »LGBT-Personen werden häufig verhaftet und werden Opfer von weitverbreiteter Diskriminierung, sozialer Intoleranz und Gewaltakten.«⁷

Nun, in dem prächtigen kolonialen Palais de la République in Dakar, sagte Obama bei der Pressekonferenz, er habe Edith Windsor aus der Air Force One persönlich angerufen und ihr gratuliert. Das Urteil sei »ein Sieg für die amerikanische Demokratie«. Das Thema Entkriminalisierung der Homosexualität sei bei seinem Treffen mit dem senegalesischen Präsidenten nicht angesprochen worden, fügte er hinzu. Obama wollte seinen Gastgeber nicht vor den Kopf stoßen und unterschied daher zwischen persönlichen Überzeugungen, Sitten und Traditionen, die »respektiert« werden müssten, und der Aufgabe des Staates, die darin bestehe, alle Menschen gleich zu behandeln. Schließlich verband er sein eigenes Eintreten für LGBT-Rechte ausdrücklich mit der Geschichte der rassistischen Diskriminierung in seinem Land: »Wir mussten einen langen und harten Kampf für die Bürgerrechte ausfechten, um dafür zu sorgen, dass [alle Menschen gleich behandelt werden].«

Als der senegalesische Präsident an die Reihe kam, brachte er ein Argument vor, das viele Politiker:innen verwenden, die die Forderung nach »universellen Menschenrechten« unter Berufung auf »traditionelle Werte« ablehnen: »Es kann kein Standardmodell geben, das auf alle Nationen anwendbar ist. [...] Wir haben unterschiedliche Traditionen.« Dann forderte er einen befristeten Aufschub für sein Land: Er betonte (fälschlich), dass in seinem Land keine Homosexuellen verfolgt würden, meinte aber, dass die Gesellschaft Zeit brauche, um diese Probleme »zu verdauen«: »Der Senegal [...] ist ein sehr tolerantes Land [...], aber wir sind noch nicht bereit, Homosexualität zu entkriminalisieren.«⁹

Sall selbst war tatsächlich ein liberaler Befürworter der Menschenrechte. Er hatte sich zuvor positiv über die Entkriminalisierung geäußert, und im Vergleich zu anderen afrikanischen Staatsoberhäuptern war seine Stellungnahme gemäßigt, ja sogar ermutigend, weil sie auf Reformen hindeutete. Er stand jedoch unter dem Druck der islamistischen Lobby in seinem Land und musste unbedingt den Eindruck vermeiden, sich dem Westen zu beugen. Später brachte er seine Frustration in einem Interview mit der *Zeit* zum Ausdruck: »Sie haben die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in Europa ja auch erst seit gestern und verlangen es heute schon von Afrikanern? Das geht alles zu schnell. Wir leben in einer Welt, die sich langsam ändert.«¹⁰

Die Formulierung war vielsagend: Niemand – weder die Journalist:innen von der *Zeit* noch Obama, ja nicht einmal die senegalesische Menschenrechtsbewegung – hatte von Salls Regierung verlangt, gleichgeschlechtliche Ehen zu legalisieren. Man hatte ihn lediglich aufgefordert, das Strafrecht zu reformieren und den Geschlechtsverkehr zwischen Homosexuellen zu entkriminalisieren, weil das Gesetz im Senegal genutzt wurde, um Menschen zu diskriminieren.

Mir aber stachen noch zwei weitere von Salls Aussagen ins Auge, die mir helfen sollten, die in diesem Buch behandelten Fragen zu framen. Die erste lautete: »Wir leben in einer Welt, die sich langsam ändert«, und die zweite war die Behauptung, dass die Menschen, die im Senegal Veränderungen forderten, Außenseiter:innen seien: der Westen, also »Sie« und *nicht* die Senegalesen selbst.

Hatte er recht?

—

Während ich über Salls Annahmen nachgrübelte, kam mir ein anderes Land in den Sinn, in dem eine pinke Linie gezogen wurde – in diesem Fall über die sich auflösenden Überreste des Eisernen Vorhangs hinweg: die Ukraine. Im Vorfeld der Maidan-Revolution von

2013 und der russischen Invasion auf der Krim 2014 rang das Land mit der Frage, ob es seine Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiter betreiben oder sich der neuen »eurasischen« Zollunion Wladimir Putins anschließen sollte. Putin attackierte 2013 die EU und ihre Westausdehnung, und er tat dies mit der Behauptung, die »traditionellen Werte« der orthodoxen slawischen Gesellschaft gegen einen dekadenten säkularen Westen zu verteidigen. Ein wichtiges Element seiner *dog whistle politics* bestand darin, Europa als »Gayropa« zu bezeichnen.¹¹ In der ukrainischen Hauptstadt Kiew errichteten Vertreter:innen des Kreml Plakate mit Händchen haltenden Strichmännchen und dem Spruch: »EU-Mitgliedschaft gleich Homo-Ehe«. Und im russischen Fernsehen, das viele Ukrainer schauten, gab es den beliebten gereimten Kalauer: »W Ewropu tscheres schopu« (»Der Weg nach Europa führt durch den Arsch«).¹²

Ein EU-Beitritt hätte tatsächlich eine Übernahme »europäischer Werte« erfordert, zu denen auch der Schutz von LGBT-Menschen gegen Diskriminierung und Gewalt gehört. Die Ukraine und Russland hatten (1991 beziehungsweise 1993) beide die Strafbarkeit von einverständlichem Geschlechtsverkehr zwischen erwachsenen Männern abgeschafft, eine Bedingung für die Mitgliedschaft im Europarat. Nun, da sich in diesen Ländern, in denen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Orientierungslosigkeit herrschte, eine neue politische und religiöse Elite zu etablieren versuchte, konnte der neue rechtliche Status – und die Sichtbarkeit – homosexueller Menschen als Ausdruck der allgemeinen Gesetzlosigkeit der postkommunistischen Ära interpretiert werden.

Dies war der Trend in einer Region, in der nativistische und nationalistische Politiker:innen die Rechte von LGBT-Personen für die Wiederherstellung einer Souveränität zu instrumentalisieren trachteten, die ihrer Ansicht nach an Europa abgetreten worden war. In Polen profitierten die Kaczyński-Zwillinge beim Aufbau ihrer antieuropäischen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Spra-

wiedliwość, PiS) in erheblichem Ausmaß von der Dämonisierung der blühenden LGBT-Bewegung ihres Landes. Besonders deutlich zu beobachten war diese Strategie während Andrzej Dudas letztlich erfolgreichem Wahlkampf um das Präsidentenamt. Und in Ungarn verfolgte Viktor Orbáns Fidesz-Partei dieselbe Strategie, etwa indem sie 2012 durch einen Verfassungszusatz gleichgeschlechtliche Ehen verbot. Sowohl in Polen und Ungarn als auch in Russland gehörte staatliche Homophobie zu dem übergreifenden Projekt der Verteidigung der nationalen Identität gegen Migrant:innen, die – neben der Sichtbarkeit von Homosexuellen – als eine negative Folge offener Grenzen betrachtet wurden.

Im selben Zeitraum, als Russland begann, gegen Migrant:innen, und zwar insbesondere gegen solche aus zentralasiatischen Ländern, vorzugehen, verabschiedete die Duma das Gesetz gegen Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen. Dieses sogenannte »Gesetz gegen homosexuelle Propaganda« verbot jede Erwähnung von Homosexualität in Gegenwart Minderjähriger, sowohl im Gespräch als auch in allen Medien, die diese lesen oder hören konnten. In der Folge kam es zu einer Welle heftiger Angriffe: Es kam zu Hexenjagden gegen Lehrer:innen, Angriffen auf Demonstrant:innen, und Homosexuellen wurden online Fallen gestellt, um sie zu entführen und zu foltern. Besonders schlimme Folgen hatte das Gesetz für Transfrauen, die als sichtbarste und freakigste Erscheinung westlicher Verkommenheit galten.

Die Kritik an dem Gesetz bewiese nur den moralischen Bankrott Europas, schimpfte Präsident Putin im Dezember 2013. Die Tendenz des Westens, »das Recht eines jeden auf Gewissensfreiheit, politische Ansichten und ein Privatleben« anzuerkennen, bedeute eine Akzeptanz der »Gleichheit von Gut und Böse«. ¹³ Als wichtigster Beweis für diesen Trend galt Putin die Normalisierung von Homosexualität: »ein direkter Weg zu Zersetzung und Primitivismus, der zu einer tiefen demografischen und moralischen Krise geführt hat«. ¹⁴

Vor dem Hintergrund all dieser Ereignisse traf ich mich mit der führenden ukrainischen LGBT-Aktivistin Olena Schewtschenko. Sie berichtete mir, dass sie und ihre Mitstreiter:innen für ein viel bescheideneres Ziel als die Ehe für alle kämpften: Sie wollten ein an der russischen Vorlage orientiertes Gesetz verhindern, das gerade von russischen Erfüllungsgehilfen und ukrainischen Nationalist:innen vorgelegt worden war, und sie wollten sich um Schutz vor der ausufernden öffentlichen Gewalt gegen queere Menschen bemühen, die, wie im Senegal, durch deren größere Sichtbarkeit ausgelöst worden war. Einige ihrer Verbündeten in der ukrainischen Zivilgesellschaft vertraten im Gegensatz zu Schewtschenko allerdings die Ansicht, dass die Zeit noch nicht reif sei, über diese Dinge zu sprechen. Die ukrainische Gesellschaft sei nicht bereit für eine solche Diskussion. Diese könne sogar als Beleg für die Behauptung der Opposition missbraucht werden, die Ukrainer:innen würden zu Marionetten Europas degradiert.

Schewtschenko war eine Anwältin in den Dreißigern, die während der Februarrevolution von 2014 eine nur aus Frauen bestehende Militäreinheit anführen sollte. »Ja«, sagte sie zu mir, »ja, sie haben recht. Die ukrainische Gesellschaft ist wirklich nicht bereit für LGBT-Rechte. Das sehe ich auch so. Doch die LGBT-Menschen in der Ukraine lassen sich nicht mehr einschränken. Sie gehen online. Sie schauen fern. Sie reisen. Sie sehen, wie es sein könnte. Warum sollten sie nicht ähnliche Freiheiten haben? Warum sollten sie gezwungen sein, im Verborgenen zu leben? Die Welt ändert sich sehr schnell, und die Ereignisse überholen uns in der Ukraine. Wir haben keine andere Wahl, als es mit einer Aufholjagd zu versuchen.«

—

Wer hat recht?

Der senegalesische Präsident Macky Sall mit der Überzeugung:
»Wir leben in einer Welt, die sich langsam ändert«?

Oder die ukrainische Aktivistin Olena Schewtschenko mit der Ansicht: »Die Welt verändert sich sehr schnell. [...] Wir haben keine andere Wahl, als es mit einer Aufholjagd zu versuchen«?

Beide.

Im 21. Jahrhundert ist die pinke Linie eher ein Gebiet als eine Linie. Sie ist ein Grenzgebiet, in dem queere Menschen versuchen, den Widerspruch zwischen der Befreiung und der Community, die sie etwa online oder im Fernsehen oder in Safe Spaces erfahren, und den Beschränkungen auf der Straße und am Arbeitsplatz, im Gerichtssaal und im Wohnzimmer aufzulösen. Die pinke Linie ist ein Gebiet, in dem queere Menschen jedes Mal die Zeitzone wechseln, wenn sie von ihrem Smartphone aufschauen und die um den Familientisch versammelten Menschen sehen oder wenn sie aus dem Underground-Nachtclub wieder in den oberirdischen Nationalstaat hinaufsteigen. In der einen Zone ist die Zeit beschleunigt, in der anderen ist sie gebremst. Wenn man sein Leben als Pendler zwischen den Zeitzonen verbringt, kann einen das ganz schön schwindlig machen.

Wie Aunty in ihrem neuen Heim in Tambo Village waren auch die anderen Menschen, die ich bei den Recherchen für dieses Buch kennenlernte, einer Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse unterworfen, die von der Kanzel bis zum Smartphone reichten. Aber wie Aunty, die ganz alleine darauf kam, eine *chinkhoswe* zu veranstalten, und die ihr Leben in Tambo Village selbst gestaltete, hatten auch diese anderen Menschen einen Handlungsspielraum. In dieser Hinsicht wenigstens hatte Olena Schewtschenko etwas verstanden, das Macky Sall nicht sehen konnte oder wollte: Der Ruf nach Veränderung wird vielleicht von externen Akteuren wie Barack Obama oder der Europäischen Union unterstützt, aber er wird von den Senegales:innen oder den Ukrainer:innen selbst erhoben.

—

Dieses Buch ist in erster Linie eine Sammlung von Geschichten mit ganz einzigartigen Protagonist:innen, die an ganz bestimmten Orten ganz persönliche Entscheidungen treffen. Sie treiben ihre eigene Geschichte voran, und der Rest von uns – Aktivist:innen und Politiker:innen, Wissenschaftler:innen, Schriftsteller:innen und Leser:innen – versucht aufzuholen.

Aber dieses Buch ist auch eine Erörterung über das Thema, wie sich die Welt im 21. Jahrhundert verändert und warum dies geschieht. Es ist kein Zufall, dass sich die Vorstellung von LGBT-Rechten genau in dem historischen Augenblick weltweit verbreitete, als in der Ära der Globalisierung alte Grenzen fielen oder ihre Bedeutung verloren. Die Folge war eine rasante globale Verbreitung von Ideen bezüglich der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Geschlechtsangleichung. Aber gleichzeitig provozierte dieses Verschwinden von Grenzen eine heftige Gegenreaktion konservativer, patriarchaler und kirchlicher Kräfte, die den unvermeidlichen Kontrollverlust fürchteten, der ihnen durch diesen Prozess droht. Das ist die Dynamik entlang der pinken Linie, insbesondere an Orten, an denen Menschen zum ersten Mal als Schwule oder Lesben oder MSM oder Transpersonen in Erscheinung treten. In den meisten Gesellschaften haben sie schon immer existiert, wenn auch auf Arten, die manchmal umschrieben oder unterdrückt oder exzentrisch waren. Nun jedoch beanspruchen sie einen neuen Status, indem sie neue politische Identitäten annehmen. Und sie werden in eine größere geopolitische Dynamik verwickelt.

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen von 2017 sagte die Kandidatin des Front National Marine Le Pen, die Welt sei nicht mehr in »links« und »rechts«, sondern in »Globalisten« und »Patrioten« geteilt. Sie verlor die Wahl gegen Emmanuel Macron (der betonte, dass er ebenfalls ein Patriot sei), aber anderswo auf der Welt errangen Politiker:innen mit ähnlichen Ansichten wie Le Pen große Siege. Donald Trump kam 2016 in den Vereinigten Staaten mit einer nationalistischen Agenda an die Macht und unterstellte den

Befürworter:innen der Globalisierung, sie seien unpatriotisch. Im selben Jahr entschied sich Großbritannien in einer Volksabstimmung für den Austritt aus der Europäischen Union, und kurz nachdem sie ihr Amt als Premierministerin angetreten hatte, äußerte Theresa May den berühmten Satz: »Wer sich für einen Weltbürger hält, ist ein Bürger von Nirgendwo.«¹⁵ Sowohl die Trump-Revolution als auch die des Brexit, die im Jahr 2019 Boris Johnson an die Macht brachte, versuchten, wieder nationale Grenzen gegen den freien Verkehr von Waren und Kapital, insbesondere jedoch gegen den freien Verkehr von Menschen zu etablieren. Die neue Politik will nicht nur neue Mauern errichten, sondern behauptet auch, dass man die alten Mauern zu schnell niedergerissen habe.

Insbesondere in Europa ergänzen diese nationalistischen Bewegungen neuen Typs ihr Programm manchmal durch die Behauptung, nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Werte schützen zu wollen. Als Marine Le Pen 2017 für die französische Präsidentschaft kandidierte, schlossen diese Werte bereits die Rechte von LGBT-Personen mit ein. Der Mann, der dafür das Skript schrieb, war Pim Fortuyn, ein fanatischer Immigrationsgegner aus den Niederlanden, der 2002 ermordet wurde. Der offen schwule Politiker bekam große Unterstützung, als er behauptete, die Intoleranz von Muslim:innen gegenüber Homosexuellen sei eine existenzielle Bedrohung für die europäische Zivilisation. In seine Fußstapfen trat der rechtsextreme Geert Wilders, der sich diese Ansicht und das dazugehörige politische Programm zu eigen machte. Als ein muslimischer Mann mit psychischen Problemen im Juni 2016 in dem queeren Nachtclub Pulse in Orlando im US-Bundesstaat Florida 49 Menschen tötete, prangerte der damals im Wahlkampf befindliche Donald Trump den »radikalislamischen Terrorismus« an; und auch Wilders, in den Niederlanden ebenfalls im Wahlkampf, versuchte, von dem Anschlag zu profitieren, als er sagte: »Die Freiheit, die schwule Menschen haben sollten: einander zu küssen, zu heiraten, Kinder zu haben, ist genau das, was der Islam bekämpft.«¹⁶

Wilders verlor die Wahl, hatte aber großen Einfluss auf das Programm seiner Gegner. So kam es, dass sogar Mark Rutte von der liberal-bürgerlichen Volkspartei für Freiheit und Demokratie und seit 2010 Ministerpräsident der Niederlande öffentlich von einem »wachsenden Unbehagen [sprach], wenn Menschen unsere Freiheit missbrauchen, [...] wenn sie Schwule belästigen, Frauen in kurzen Röcken anschreien oder normale niederländische Menschen des Rassismus beschuldigen. [...] Wenn Sie unser Land auf eine derart fundamentale Weise ablehnen, wäre es mir recht, wenn Sie es verlassen.«¹⁷

In Frankreich tanzte Marine Le Pen auf beiden Hochzeiten: Sie sprach sich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus, nahm aber an den großen Demonstrationen gegen sie nicht teil. In einem Fernsehinterview bei einem Russlandbesuch im Jahr 2013 stimmte sie begeistert der Ansicht ihrer neuen Genoss:innen im Kreml zu und sagte: »Homophilie ist ein Element der Globalisierung.«¹⁸ Aber ihr Stellvertreter und Chefstrategie war der schwule Florian Philippot, und sie warb 2017 offen um die Stimmen der schwulen Franzosen mit dem Argument, dass ihre Politik alles sei, was noch zwischen ihnen und dem muslimischen »Hass auf die Homosexuellen« stehe, wie sie es in einer Fernsehdebatte mit Emmanuel Macron formulierte.¹⁹

Andere rechtsgerichtete europäische Parteien folgten ihrem Beispiel. Im Jahr 2018 sagte ein Sprecher der flämisch-nationalistischen Partei Vlaams Belang (Flämische Interessen) in Belgien, seine Partei sei die schwulenfreundlichste im Land, weil alle anderen bereit seien, »Tausende von Muslimen zu importieren, die ausgesprochen gewaltsame Ideen haben, was schwule oder Transmenschen betrifft.«²⁰ Die immigrationsfeindliche Alternative für Deutschland (AfD) spricht sich zwar gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus und möchte die Sexualerziehung an den Schulen beschränken, gleichzeitig gehört aber mit Alice Weidel eine offen lesbische Frau zu ihrer Führung. Außerdem gibt es eine Gruppierung von Homosexuel-